



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Planung und Verkehr**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Mittwoch, 14.01.2009**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **20:25 Uhr**

Vorsitz

Herr Heinz Junkerkalefeld

Teilnehmer

Herr Ulrich Beyer

Frau Monika Bushuven

Herr Johannes-Heinrich Gresshoff

Herr Peter Hellweg

anwesend als Gast bis 18.35 Uhr, danach
Vertretung für Herrn Tegelkämper bis Sitzungsende

Herr Franz-Josef Helmers

Frau Beatrix Koch

Frau Barbara Köß

Herr Peter Kwiotek

Herr Ralf Niebusch

Frau Dr. Birgit Schneider

Herr Wolfgang Sibbing

Frau Manuela Steuer

Herr Paul Tegelkämper

Herr Hans-Gerhard Voelker

Herr Werner Wagemann

Verwaltung

Herr Klaus Aschhoff

Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter

Herr Ludger Junkerkalefeld

Herr Helmut Jürgenschellert

Frau Inga Nordalm

Herr Peter Rauch

Herr Norbert Tigges

Herr Thomas Wulf

Schriftführer/in

Frau Nicole Peuler

Gäste

Herr Josef Becker

Herr Dr.-Ing. Harald Blanke

vom Ingenieurbüro Ambrosius - Blanke

Frau Marita Brommann

Herr Marc Föhler

vom Planungsbüro Stadt + Handel

Herr Ernst-Rainer Fust

Frau Andrea Geiger

Eheleute Hedwig und Wilhelm Groppe

Investoren des ehemaligen Sprick-Geländes

Herr Alfons Grünebaum

Herr Daniel Hagemeier

Frau Elisabeth Heß

Frau Hildegard Hödl

Frau Hiltrud Krause

Frau Elisabeth Lesting

Herr Ralf Lück

Herr Hubert Meyering

Herr Architekt Andreas Pisarsky

vom Architekturbüro Pack + Pisarsky

Herr J.-Francisco Rodriguez

Herr Wolfgang Thomann

Frau Anne Wiemeyer

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Thomas Weinekötter

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16. Oktober 2008	4
3. Zentrenkonzept Vorlage: B 2008/610/1426	4
4. Parkraumkonzept Oelde Vorlage: M 2008/610/1427	6
5. Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich Grüner Weg, Saarlandstraße, Von-Düesberg-Straße Vorlage: B 2008/320/1422	8
6. Einstufung eines Teilstückes der Wallstraße/Teilstück Grüner Weg und Werner-Habig-Straße als verkehrswichtig Vorlage: B 2008/600/1425	9
7. Denkmalschutzangelegenheiten - Unterschutzstellung der Hofstelle Ernstingweg 12 hier: Beanstandung des Beschlusses des Ausschusses für Planung und Verkehr vom 14. August 2008 Vorlage: B 2008/BM/1391	11
8. Antrag der FDP-Fraktion zum Stadtentwicklungskonzept 2015+ - Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Oelder Innenstadt Vorlage: B 2009/610/1431	12
9. Vorhaben "Oelder Tor" - ehemaliges Sprick-Gelände Vorlage: M 2008/610/1430	13
10. Verschiedenes	
10.1. Mitteilungen der Verwaltung	15
10.2. Anfragen an die Verwaltung	17

Herr Junkerkalefeld eröffnet die Sitzung des Ausschusses und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die interessierten Bürger und zwei Vertreter der Presse. Er freut sich, dass Ratsmitglieder und Mitglieder des Bezirksausschusses Stromberg, die zu den Tagesordnungspunkten 3, 4 bzw. 9 eingeladen wurden, anwesend sind.

Weiter heißt Herr Junkerkalefeld Herrn Föhler vom Planungsbüro Stadt + Handel zum Tagesordnungspunkt 3 „Zentrenkonzept“ und Herrn Blanke vom Ingenieurbüro Ambrosius - Blanke zum Tagesordnungspunkt 4 „Parkraumkonzept Oelde“ willkommen.

Die Eheleute Groppe als Investoren und Herr Pisarsky vom Architekturbüro Pack + Pisarsky werden von Herrn Junkerkalefeld zu Erläuterungen zum Tagesordnungspunkt 9 „Vorhaben „Oelder Tor“ - ehemaliges Sprick-Gelände begrüßt.

Herr Junkerkalefeld stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und keine Anträge auf eine Änderung der Tagesordnung gestellt werden.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Keine.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16. Oktober 2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 16.10.2008.

3. Zentrenkonzept Vorlage: B 2008/610/1426

Frau Nordalm erläutert den bisherigen Verlauf des Zentrenkonzeptes:

Die Entwicklung eines Zentrenkonzeptes für die Stadt Oelde wurde in der Sitzung vom 9. Juni 2008 des Rates der Stadt Oelde beschlossen, um dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 24a LEPro zu entsprechen und zentrale Versorgungsbereiche sowie eine Oelder Liste für Sortimente mit Zentrenrelevanz festzulegen.

Das Büro Stadt + Handel aus Dortmund wurde nach einem umfassenden Auswahlverfahren mit der Erstellung des Zentrenkonzeptes betraut.

Bei der Erstellung des Entwurfs waren verschiedenste Akteure involviert, die fachlich mit dem Thema Einzelhandel betraut sind wie z.B. die IHK, der Gewerbeverein, die Bezirksregierung Münster, der Einzelhandelsverband oder das Citymanagement, zudem die Verwaltung.

Der Entwurf für das Zentrenkonzept mit der Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche für Oelde sowie der Oelder Sortimentsliste, welche anhand der umfassenden Grundlagenermittlung erstellt wurden, liegt vor und wird durch das Büro Stadt + Handel, Herrn Föhler, vorgestellt.

Herr Föhler erläutert anhand einer Präsentation die bisherigen Ergebnisse (als Anlage beigefügt). Er weist darauf hin, dass das Konzept (mit der Einladung versandt) die Möglichkeit der interkommunalen Abstimmung bietet.

Herr Junkerkalefeld bedankt sich bei Herrn Föhrer für die Ausführungen und bittet die Ausschussmitglieder, eventuelle Fragen zu formulieren.

Herr Rodriguez bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er bittet bezüglich der Ausführungen zu einer möglichen Standortverlagerung des Edeka aktiv Marktes „Junkerkalefeld“ um Ausführungen.

Herr Föhrer erläutert, dass der jetzige Standort des Marktes gut sei. Eine Verlagerung an den Standort „Raiffeisengelände“ sei nur als Alternative bedacht worden für den Fall, dass eine Umsiedlung einmal notwendig werden sollte. Die Priorität liege zunächst bei der Sicherung des Standortes.

Herr Fust fragt, ob es für den AUE-Park nachteilig wäre, wenn der Standort „Raiffeisengelände“ entwickelt wird.

Herr Föhrer antwortet, dass es sicherlich eine Umverteilung der Umsätze geben wird. Eine Standortgefährdung für den AUE-Park sehe er nicht.

Frau Krause weist auf den hohen Anteil an Senioren hin und darauf, dass hier eine Erreichbarkeit gewährleistet sein muss.

Herr Föhrer berichtet, dass eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt bleiben soll. Mit dem Raiffeisengelände könne ein ergänzender Standort geschaffen werden. Eine Anbindung an die Innenstadt ist wichtig.

Frau Köß fragt, ob Raiffeisen ein Thema im Konzept geworden wäre, wenn es nicht zuvor diskutiert worden wäre.

Herr Föhrer erklärt, dass die Einbeziehung von Raiffeisen an dem Ergebnis nichts geändert hätte, da es sich hier um einen klassischen Innenstadtstandort handelt.

Frau Bushuven möchte wissen, welche Sicherungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um den Edeka aktiv Markt „Junkerkalefeld“ zu halten.

Herr Föhrer weist auf das ausgearbeitete Konzept hin und auf die Möglichkeiten, die mit ihm einhergehen. Über das Konzept können beispielsweise ungewünschte Entwicklungen verhindert werden und darüber hinaus bestehen auch Möglichkeiten planungsrechtlicher Natur.

Herr Voelker geht auf Folie Nr. 28 ein und fragt, nach dem Leerstand im Bereich der Oelde Galerie.

Herr Föhrer erläutert, dass hier die Entwicklung der Oelde Galerie Impulse geben wird, von der das Standortumfeld profitieren wird.

Herr Voelker fragt, warum das Oelder Krankenhaus nicht mit in den Innenstadtbereich aufgenommen wurde.

Herr Föhrer erklärt, dass das Krankenhaus ein Solitär ist, von dem aus es keine direkte Beziehung zu der gewachsenen Geschäftslage gibt. Somit muss das Krankenhaus nicht zwingend Bestandteil des zentralen Versorgungsbereiches sein. Das Konzept sei geplant für einen Zeitraum von ca. 5 bis 7 Jahren, so dass bei Veränderungen der Bereich neu überprüft wird. Dann wird eine Aktualisierung empfohlen.

Herr Niebusch erkundigt sich, wie das Konzept ohne den Bereich „Oelde Galerie“ ausgefallen und ob dann das „Raiffeisengelände“ stärker zum Tragen gekommen wäre.

Herr Föhrer legt dar, dass das Raiffeisengelände ein möglicher Standort für den Bereich „Lebensmittel“ sei.

Herr Hagemeier fragt, ob der AUE-Park und das Raiffeisengelände sich nicht gegenseitig die Kunden abwerben werden.

Herr Föhler bringt zum Ausdruck, dass das Raiffeisengelände eine Standortaufwertung erfahren wird und sodann als zweiter Standort von der Größenordnung AUE-Park und REWE Nord zu sehen ist.

Herr Hauke berichtet, dass ein neues Konzept von EDEKA in Bad Salzuflen für die Innenstadtmärkte interessant sei und bittet darum, die weiteren Entwicklungen abzuwarten. Er erklärt, dass bei dem Standort „Oelde Galerie“ wegen der Rahmenbedingungen keine Lebensmittelhändler angenommen werden.

Herr Helmers geht auf die Ergebnisse für das Nebenbereichszentrum Stromberg ein und weist auf die gute Lage und verkehrliche Anbindung des Standortes Sprick hin. Er erklärt, dass in Stromberg bereits zwei Lebensmittelversorger ansässig sind und empfiehlt eine Umschichtung.

Herr Föhler erläutert, dass die gute Lage dazu führen kann, dass bestehende Lebensmittler schließen müssen.

Herr Niebusch fragt, warum der Standort „Tom-Rinck-Straße“ eine negative Bewertung bekommen hat.

Herr Föhler erklärt, dass dieser Standort nicht als einheitliches Projekt vom Kunden wahrnehmbar ist. Es fehle eine einheitliche Fassadengestaltung, Parkraum etc. Er weist darauf hin, dass Geschäfte wie KIK oder ABC-Schuhe vom Sortiment her in der Innenstadt anzusiedeln sein sollten.

Herr Rodriguez geht drauf ein, dass Randsortimente nicht größer sein sollen als bestehende Vollsortimente. Er fragt, wie dies funktionieren soll.

Herr Föhler verweist auf den Grundsatz des Einzelhandelskonzeptes, dass die Begrenzung gem. LEPro NRW bei 10 % der Gesamtverkaufsfläche bzw. in Oelde bei max. 800 m² Verkaufsfläche für die zentrenrelevanten Randsortimente liegen soll. Dies sei ein Anhaltspunkt im Rahmen der Bauleitplanung, in der Obergrenzen festgesetzt werden können.

Herr Junkerkalefeld bedankt sich bei Herrn Föhler für die Ausführungen und bittet nun um Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde **einstimmig**, das Zentrenkonzept mit der Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche sowie der Oelder Sortimentsliste zu beschließen.

4. Parkraumkonzept Oelde Vorlage: M 2008/610/1427

Herr Hauke führt aus, dass der Ausschuss für Planung und Verkehr in der Sitzung vom 24. April 2008 beschlossen hat, ein Parkraumkonzept für die Stadt Oelde erstellen zu lassen.

Er erläutert, dass in einem Auswahlverfahren fünf Büros aufgefordert wurden, ein Angebot abzugeben und ihr Büroprofil sowie die Herangehensweise an diese Thematik in einem persönlichen Gespräch vorzustellen. Im Ergebnis wurde das Büro Ambrosius/Blanke aus Bochum mit der Erstellung des Parkraumkonzeptes beauftragt.

Das Parkraumkonzept liegt nun in schriftlicher Form vor (wurde mit der Einladung versandt) und die Ergebnisse werden anhand einer Präsentation (siehe Anlage) durch Herrn Blanke vom Büro Ambrosius/Blanke vorgestellt.

Herr Hauke erläutert die Vorgehensweise bei der Erstellung der Basisdaten. Diese Daten gestatten nun einen klaren Blick auf die tatsächliche Situation. Weiter erklärt Herr Hauke, dass Gespräche mit Privatpersonen geführt werden, um zusätzliche Stellplatzflächen zu finden. Eine Flächenverfügbarkeit besteht derzeit nicht. Eine Verfolgung der Falschparker lehnt Herr Hauke ab.

Herr Fust fragt, wie die Parkmöglichkeiten für die Arbeitnehmer aussehe, die länger parken müssen. Diese werden in dem Konzept nicht berücksichtigt.

Herr Blanke berichtet, dass die Bilanz für zukünftige Entwicklungen erstellt wurde. Dabei wurden auch die Dauerparker einbezogen. Das Potenzial sei auch für diese vorhanden.

Herr Fust weist auf den großen Teil an älteren Menschen hin, die nicht so eine weite Strecke zu Fuß zurücklegen können.

Herr Gresshoff fragt, wie weit ein Bürger bereit sei, maximal bis in die Stadt zu laufen. Weiter weist er auf die Kundenparkplätze der Volksbank hin und auf die auf eine halbe Stunde begrenzten Parkplätze bei der Sparkasse.

Herr Blanke geht zunächst auf die maximal zumutbare Wegstrecke ein und erläutert, dass die Erfahrung zeige, dass von Arbeitnehmern ein weiterer Weg akzeptiert wird, wenn Restriktionen auferlegt werden.

Weiter erläutert Herr Blanke, dass im hinteren Bereich der Volksbank Potential vorhanden sei. Ebenso gebe es bereits an der Wallstraße ein gutes Angebot. Eine Kompensation der weggefallenen Parkplätze auf der Ruggestraße sei durch das Parkplatzangebot auf der Wallstraße erfolgt.

Herr Niebusch führt aus, dass die Nutzung der Parkplätze in der Zeit von 5:00 bis 6:00 Uhr überwiegend von Anwohnern erfolge, bis 09:00 Uhr kämen sodann die Arbeitnehmer dazu, so dass für die Kunden der Oelder Innenstadt nur noch 600 bis 700 Plätze zur Verfügung stehen. Welche Lösung gibt es hier für den Kunden?

Herr Niebusch regt an, Parkzonen einzurichten. Beispielsweise könnten im Randbereich Parkplätze mit einer freien Parkdauer von 24 Stunden und im Innenstadtbereich begrenzte Parkplätze bis zu 3 Stunden angeboten werden.

Herr Blanke weist darauf hin, dass ein solches Konzept in Oelde bereits praktiziert wird. Bei der Datenerhebung sei aufgefallen, dass hauptsächlich Beschäftigte sich nicht an die Vorschriften halten und diese nicht ernst nehmen. Wenn diese Beschäftigten dazu bewegt werden können, einen Parkplatz im uneingeschränkten Bereich zu suchen, würden für die Kunden der Oelder Innenstadt 50 bis 60 Parkplätze mehr zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, so Herr Blanke, seien mehr Kontrollen notwendig.

Herr Niebusch erklärt, dass an Werktagen die bewirtschafteten Parkplätze wenig frequentiert werden und schlägt vor, auf allen Parkplätzen zur gleichen Zeit freies Parken zu ermöglichen.

Herr Junkerkalefeld fasst zusammen, dass das Gutachten, die Bestandsanalyse und die Handlungsempfehlung den Ausschussmitgliedern bekannt seien. Die hauptsächliche Aufgabe des Ausschusses sei es nun, darüber nachzudenken und Lösungen vorzuschlagen.

Herr Junkerkalefeld bittet um Auskunft darüber, warum die Marktbeschicker einen Parkausweis für den Carl-Haver-Platz bekommen.

Herr Tigges erklärt, dass diese für das Jahr 2008 Sonderausweise erhalten haben. Diese sind mit dem 31.12.2008 abgelaufen und die Marktbesitzer stehen jetzt auf dem Parkplatz an der Wallstraße.

Herr Voelker resümiert, dass in 1992 das erste, in 1996 das zweite und jetzt erneut ein Parkraumkonzept erstellt wurde. Er stellt fest, dass in allen Konzepten die gleichen Handlungsempfehlungen gegeben werden und fragt, ob es sinnvoll sei, eine Parkplatzhierarchie einzuführen. Diese könne bedeuten, dass an Markttagen auf dem Carl-Haver-Platz eine Gebühr erhoben und im restlichen Innenstadtbereich in einer „blauen Zone“ geparkt werden könne.

Herr Blanke hält ein abgestuftes Konzept zur Hierarchisierung für sinnvoll. Dies müsse die Verwaltung prüfen.

Frau Brommann fragt, ob bei der Erstellung des Konzeptes der ÖPNV berücksichtigt wurde und ob eine bessere Einbindung möglich sei. Weiter möchte sie den Bereich von Fahrradparkplätzen in dem Konzept mit berücksichtigt sehen.

Herr Blanke erklärt, dass der ÖPNV im Auftrag zur Erstellung des Konzeptes nicht enthalten war und somit keine Berücksichtigung darin findet. Zu den Fahrradstellplätzen bemerkt Herr Blanke, dass die Geschäftsinhaber für diese meist in eigenem Interesse sorgen.

Herr Wagemann gibt den Hinweis, dass der Parkbereich 24 nicht H&B gehört, sondern einer Privatperson.

Herr Junkerkalefeld bedankt sich bei Herrn Blanke für die ausführliche Vorstellung des Parkraumkonzeptes und bittet die Mitglieder des Ausschusses für Planung und Verkehr um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

5. Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich Grüner Weg, Saarlandstraße, Von-Düesberg-Straße Vorlage: B 2008/320/1422

Herr Tigges berichtet, dass von Anliegern der Von-Düesberg-Straße beklagt wurde, dass viele Autofahrer die Straße mit recht hoher Geschwindigkeit befahren und die Straße außerdem trotz LKW-Verbotes von vielen LKW genutzt werde. Dazu sei nur einseitig ein Gehweg vorhanden. Durchgeführte Messungen ergaben eine V-85 von rd. 47 km/h. Weiterhin komme es häufig zu der Situation, dass LKW wegen der Höhenbeschränkung der Unterführung „Zum Geisterholz“ waghalsige Wende- und Rückfahrmanöver durchführten.

Daneben ist der angrenzende Bereich Teilstück Wallstraße/Teilstück Grüner Weg/Werner-Habig-Straße (s. Vorlage B 2008/600/1425 - TOP 6) wegen der Anbindung an die Firmen Westfalia GEA Separator AG und die Ventilatorenfabrik und des dadurch bedingten starken Verkehrsaufkommens als verkehrswichtig einzustufen.

Diese Fakten, so Herr Tigges, führten zu Überlegungen, die Verkehrssituation im gesamten Quartier zwischen Wallstraße, Grüner Weg, Von-Düesberg-Straße und Ennigerloher Straße zu verbessern.

Um die Wohnstraßen, an denen auch einzelne Handelsbetriebe angesiedelt sind, vom Durchgangsverkehr zu entlasten, sollte dieser über die Ennigerloher Straße und die Wallstraße zu den Gewerbebetrieben an der Werner-Habig-Straße und am Robert-Schuman-Ring sowie an der Straße Zum Geisterholz geführt werden. Die Bahnunterführung an der Straße Zum Geisterholz ist in Höhe und Breite kaum für LKW –Verkehr geeignet.

Zur Reduzierung der Geschwindigkeiten in den Wohnstraßen wird daher vorgeschlagen, eine Tempo-30 Zone einzurichten, die die Von-Düesberg-Straße, die Steinstraße, die Straße Zum Wasserturm, die Fürstenbergstraße, die Saarlandstraße und den Grünen Weg zwischen den Einmündungen Von-Düesberg-Straße und Werner-Habig-Straße (siehe Skizze in der Anlage) umfasst.

Die mangelnde Durchfahrthöhe für LKW für die Unterführung Zum Geisterholz sollte durch eine auffällige Beschilderung bereits an der Einmündung Werner-Habig-Straße beschildert werden, damit es im weiteren Verlauf nicht zu riskanten Wendemanövern kommt.

Herr Fust fragt, ob bauliche Veränderungen geplant sind.

Herr Tigges verneint dies und erklärt, dass die Planung nur die Aufstellung von Schildern umfasst.

Herr Voelker weist darauf hin, dass der Bereich Hindenburg-/Friedrich-Harkort-Straße immer beschädigt sei und möchte wissen, ob dies immer wieder instand gesetzt wird.

Herr Tigges bejaht dies.

Herr Hellweg fragt, ob diese verkehrlichen Veränderungen im Navigationssystem für LKW eingearbeitet werden.

Herr Tigges erklärt, dass die veränderte Situation an den ADAC mitgeteilt wird und weist darauf hin, dass die LKW von den Arbeitgebern meist nur mit den preisgünstigeren Navigationssystemen für PKW ausgerüstet werden, die diese Änderungen nicht umfassen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beschließt **einstimmig**, für die Saarlandstraße, die Steinstraße, die Fürstenbergstraße, die Von-Düesberg-Straße, die Straße Am Wasserturm sowie für die Straße Grüner Weg zwischen der Einmündung der Werner-Habig-Straße und Von-Düesberg-Straße eine Tempo-30-Zone einzurichten.

6. Einstufung eines Teilstückes der Wallstraße/Teilstück Grüner Weg und Werner-Habig-Straße als verkehrswichtig Vorlage: B 2008/600/1425

Herr Hauke berichtet, dass die Stadt Oelde mit Datum vom 10.09.2008 einen Antrag auf Förderung der Baumaßnahmen „Innenstadt Nord“ nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung (Förderrichtlinien Stadterneuerung 2008) gestellt hat. Der zuständige Fördergeber hat wegen des bestehenden Subsidiaritätsprinzips der Stadt Oelde nunmehr aufgegeben, weitere Förderanträge nach GVFG, Entflechtungsgesetz, für den Radweg an der Bahnhofstraße und den Kreisverkehrsplatz Bernhard-Raestrup-Platz/Wallstraße zu stellen.

Für die Antragstellung des Förderantrages „Kreisverkehrsplatz Bernhard-Raestrup-Platz/Wallstraße“ nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und damit die Förderfähigkeit ist gem. Förderrichtlinie der Beschluss über die Verkehrswichtigkeit der Wallstraße erforderlich.

Nach § 3 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen werden öffentliche Straßen nach ihrer Verkehrsbedeutung in Straßengruppen eingeteilt:

1. Landesstraßen,
2. Kreisstraßen,
3. Gemeindestraße,
4. sonstige öffentliche Straßen.

Gem. § 3 Abs. 4 StrWG sind Gemeindestraßen Straßen, die vorwiegend dem Verkehr und der Erschließung innerhalb des Gemeindegebietes dienen oder zu dienen bestimmt sind. Das sind:

1. Straßen, bei denen die Belange des Verkehrs überwiegen (Hauptverkehrsstraßen, Zubringerstraßen u.a.);
2. Straßen, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (Anliegerstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerbereiche u.a.)
3. alle sonstigen nicht unter 1. und 2. fallenden Straßen, die von der Gemeinde für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind.

Bei den Gemeindestraßen nach Abs. 4 Nr. 1 handelt es sich um Hauptverkehrsstraßen, die vorwiegend Verbindungsfunktion haben. Dazu gehören u.a. die Zubringerstraßen, die den örtlich entstandenen Verkehr zu anderen Verkehrspunkten innerhalb des Gemeindegebietes vermitteln bzw. Verbindungen zum Stadtzentrum herstellen.

Bei dem in der Anlage dargestellten Bereich (Teilstück Wallstraße/Teilstück Grüner Weg und Werner-Habig-Straße) handelt es sich jeweils um Gemeindestraßen, bei denen die Belange des Verkehrs in der Art überwiegen, dass diesen Verkehrsanlagen als Verbindung zum Gewerbegebiet am Robert-Schuman-Ring sowie den an der Werner-Habig-Straße anliegenden Gewerbebetrieben besondere Bedeutung zukommt. Durch die Anbindung der Firmen Ventilatorenfabrik sowie der Firma Westfalia GEA Separator AG und der anstehenden Firmenerweiterung wird der bereits vorhandene und entstehende Mehrverkehr von der Ennigerloher Straße (L 792) über die Wallstraße/Grüner Weg/Werner-Habig-Straße zu den Firmen geführt. Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone, wie in der Sitzungsvorlage B 2008/320/1422 dargestellt, bestärkt die Verkehrsführung zu den Gewerbegebieten über den in der Anlage dargestellten Bereich.

Darüber hinaus wird der Innenstadtverkehr durch Verkehrsleitung über den in der Anlage dargestellten Bereich entlastet. Gleichzeitig wird aber auch der Verkehr nach Änderung der Verkehrsführung des Bernhard-Raestrup-Platzes über diesen in die Innenstadt geführt.

Herr Hauke führt aus, dass dem Bereich Wallstraße/Grüner Weg/Werner-Habig-Straße somit eine besondere Bedeutung für Verkehr, Erschließung und Kommunikation zukommt und daher als verkehrswichtig einzustufen ist.

Er erklärt, dass der Beschluss über die Verkehrswichtigkeit dazu führt, dass für diesen Teilbereich die Einrichtung einer Tempo-30-Zone für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist des Förderantrages (25 Jahre) ausgeschlossen ist.

Herr Gresshoff weist darauf hin, dass die Straße im Robert-Schuman-Ring endet. Dies sei sehr unzufriedenstellend und er gibt die Empfehlung, die Straße in Richtung Ennigerloh auszubauen. Er beauftragt die Verwaltung damit, sich zu einer zufriedenstellenden Lösung Gedanken zu machen.

Frau Koch hält die Einstufung der Straße als verkehrswichtig für vernünftig. Sie spricht sich gegen einen Kreisverkehr am Bernhard-Raestrup-Platz aus und wird daher keine Zustimmung zu diesem Antrag erteilen.

Herr Niebusch hält den geplanten Kreisverkehr am Bernhard-Raestrup-Platz für überflüssig, ist jedoch der Meinung, dass er, wenn dieser realisiert werde, die Förderung begrüßt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Rat **mehrheitlich mit 11 Ja- und 3 Nein-Stimmen** zu beschließen, ein Teilstück der „Wallstraße“, ein Teilstück der Straße „Grüner Weg“ und die „Werner-Habig-Straße“ als verkehrswichtig einzustufen.

**7. Denkmalschutzangelegenheiten - Unterschutzstellung der Hofstelle Ernstingweg 12 hier: Beanstandung des Beschlusses des Ausschusses für Planung und Verkehr vom 14. August 2008
Vorlage: B 2008/BM/1391**

Herr Hauke berichtet, dass Herr Bürgermeister Predeick mit Schreiben vom 29. Oktober 2008 dem Ausschuss für Planung und Verkehr, z.H. des Ausschussvorsitzenden Herrn Heinz Junkerkalefeld, mitgeteilt hat, dass der Beschluss des Ausschusses vom 14. August 2008 die Hofstelle Ernstingweg 12, 59302 Oelde, nicht unter Denkmalschutz zu stellen, das geltende Recht verletzt. Der Beschluss war daher durch ihn zu beanstanden.

Sein Schreiben an den Ausschussvorsitzenden ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Er begründete seine Entscheidung wie folgt:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr hatte in seiner Sitzung am 14. August 2008 in Bezug auf die Unterschutzstellung der Hofstelle Ernstingweg 12, 59302 Oelde, beschlossen, das Eintragungsverfahren für Ernstingweg 12, 59302 Oelde, nicht zur Entscheidung an das Ministerium in Düsseldorf weiterzugeben. Die Eintragung der Hofstelle in die Denkmalliste wurde abgelehnt und das Gebäude somit nicht unter Schutz gestellt.“

Nach § 54 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 54 Abs. 2 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein–Westfalen (GO NW) wurde der Beschluss des Ausschusses beanstandet, da dieser geltendes Recht verletzt hat. Ein Ermessensspielraum stand ihm hier nicht zu.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr ist nach § 5 Abs. 3 a) der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde für die Entscheidungen über Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz zuständig.

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Denkmalschutzgesetz Nordrhein – Westfalen (DSchG NW) sind Denkmäler in die Denkmalliste einzutragen. Der Begriff Denkmal ist in § 2 Abs. 1 DSchG NW definiert.

Die Feststellung, ob die Denkmaleigenschaften vorliegen, obliegt dem LWL – Amt für Denkmalpflege in Westfalen. In seinem Gutachten vom 21. September 2005 wurde die Denkmaleigenschaft festgestellt und einer Eintragung in die Denkmalliste zugestimmt. Für die Unterschutzstellung ist alleine das Vorliegen der Denkmaleigenschaft des Gebäudes entscheidend, die von keinem Beteiligten bestritten wird. Es besteht kein Ermessen bei der Entscheidung über die Eintragung in die Denkmalliste. Soweit die Denkmaleigenschaften vorliegen, ist das Objekt zwingend in die Denkmalliste einzutragen.

Der Beschluss, die Hofstelle Ernstingweg 12 nicht in die Denkmalliste einzutragen, war folglich rechtswidrig. Herr Bürgermeister Predeick war daher gezwungen, den Ausschussbeschluss zu beanstanden. Diese Rechtsauffassung bestätigte auch der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, dessen Gutachten vom 20. Oktober ebenfalls dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Ergänzend fügt Herr Bürgermeister Predeick an, dass der Ausschuss auch nach seinem deutlichen Hinweis (vgl. Vorlage T 2008/011/1363) in der Sitzung am 16. Oktober 2008 nicht bereit war, seine ursprüngliche Beschlussfassung zu überdenken.

Das weitere Verfahren sollte wie folgt ablaufen:

Der Unterschutzstellung der Hofstelle Ernstingweg 12, 59302 Oelde, ist nunmehr zuzustimmen. Sollte die gesetzlich zwingend erforderliche Beschlussfassung erneut nicht zustande kommen, wird Herr Bürgermeister Predeick dem Rat die Angelegenheit zur Beschlussfassung vorlegen. Er weist bereits heute darauf hin, dass auch dem Rat der Stadt Oelde keine andere Beschlussfassung als die Unterschutzstellung der Hofstelle möglich sein wird.

Herr Hauke führt weiter aus, dass es verschiedene Auffassungen über den Eintragungsumfang zwischen dem Ministerium und dem Amt für Denkmalpflege in Westfalen gibt. Hier ist zunächst Einigung zu erzielen, bevor das Verfahren fortgesetzt werden soll.

Herr Junkerkalefeld weist darauf hin, dass der Ausschuss für Planung und Verkehr sich nichts vorzuwerfen hat.

Herr Wulf erläutert den Ausschussmitgliedern die derzeit geltende Zuständigkeitsverordnung der Stadt Oelde und erklärt, dass es sinnvoll sein könne, diese zu ändern. Denkmalschutz sei in der Regel mit gebundenen Verwaltungsentscheidungen verbunden. Spielraum für politische Überlegungen bestehe in der Regel nicht. Dies solle aber erst nach der Kommunalwahl überlegt werden.

Herr Junkerkalefeld ist der Meinung, dass eine Zustimmung zur Unterschutzstellung zum jetzigen Zeitpunkt von den Ausschussmitgliedern nicht gefordert werden kann. Eine solche Entscheidung kann erst nach einer einvernehmlichen Einigung des Ministeriums und des LWL erfolgen. Des Weiteren müsse die Zuständigkeitsverordnung korrigiert werden.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt zur Kenntnis, dass der Bürgermeister den Beschluss des Ausschusses vom 14. August 2008 betreffend der Hofstelle Ernstingweg 12, 59302 Oelde, beanstandet hat.
2. Der Beschluss vom 14. August 2008 wird aufgehoben.
3. Die Einigung über den Eintragungsumfang wird von der Landesbehörde gemeinsam mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport NRW sowie dem LWL - Amt für Denkmalpflege in Westfalen erarbeitet. Das Ergebnis soll abgewartet werden.

Die Beschlüsse wurden vom Ausschuss für Planung und Verkehr mehrheitlich mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung gefasst.

**8. Antrag der FDP-Fraktion zum Stadtentwicklungskonzept 2015+
- Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Oelder Innenstadt
Vorlage: B 2009/610/1431**

Herr Völker erläutert den Antrag der FDP.

Frau Nordalm berichtet hierzu, dass die FDP-Fraktion mit Schreiben vom 14.11.2008 beantragt hat, der Rat möge in seiner Sitzung am 01.12.2008 beschließen, dass die Verwaltung der Stadt Oelde beauftragt wird, eine Gesamtkonzeption für die Oelder Innenstadt zu entwickeln oder entwickeln zu lassen (siehe Anlage).

Der Rat der Stadt Oelde hat in seiner Sitzung am 01.12.2008 beschlossen, diesen Antrag zunächst zur Beratung an den Ausschuss für Planung und Verkehr zu verweisen.

Frau Nordalm erläutert, dass das Stadtentwicklungskonzept 2015 + im Jahr 2007 beschlossen wurde. Seither wurde mit den Oelder Bürgern und der Politik „ideenreich, vielseitig und echt“ daran gearbeitet, das Ziel, die Oelder Innenstadt lebendig zu halten, zu erreichen. Dafür seien Unterziele entwickelt worden. In jedem Kapitel könne man zahlreiche Projektansätze finden, wie die Innenstadt sein soll.

Frau Nordalm fasst zusammen, dass an verschiedenen in der Innenstadt laufenden und geplanten Projekte und Maßnahmen bereits gearbeitet wird, so wurde z.B. das Zentrenkonzept und das Parkraumkonzept in Auftrag gegeben, das Leerstandsmanagement und das Citymanagement bei der Stadt Oelde eingerichtet und der Umbau der Innenstadt geplant. Sie erklärt, dass das Stadtentwicklungskonzept 2015 + permanent erweitert und fortgeführt wird. Bereits jetzt seien hervorragende Ergebnisse zu verzeichnen, da die Maßnahmen untereinander vernetzt sind und voneinander profitieren.

Herr Voelker richtet die Bitte an die Verwaltung, in das Stadtentwicklungskonzept 2015 + gestalterische Maßnahmen aufzunehmen.

Weiter erklärt Herr Voelker, dass diese Leistungen zu honorieren sind und bittet bezüglich des Umbaus der Innenstadt um eine Darlegung der Planung der Verkehrsströme, die in diesem Zusammenhang geändert werden sollen.

Frau Köß macht den Vorschlag, alle Beteiligten zu einem gemeinsamen Gespräch zusammen zu bringen, insbesondere auch Frau Gröver zum Thema „demografischer Wandel“, um die Ergebnisse vorzustellen. Sie bittet darum, eine Leitlinie in das Stadtentwicklungskonzept 2015 + hinein zu formulieren und die Ergebnisse auch mit den Bürgern zu diskutieren.

Herr Niebusch freut sich über die Ergebnisse des Stadtentwicklungskonzeptes 2015 + und ist sich des Ausmaßes der investierten Arbeit bewusst. Er hält eine schriftliche Dokumentation der Fortschritte nicht für notwendig und spricht sich dafür aus, die Umsetzung weiter zu verfolgen. Er weist darauf hin, dass das Stadtentwicklungskonzept 2015 + keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat, sondern dass es sich um ein flexibles Konzept handelt.

Herr Gresshoff hält alle Ideen für wichtig und sieht diese als Anfang einer Fortentwicklung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

9. Vorhaben "Oelder Tor" - ehemaliges Sprick-Gelände Vorlage: M 2008/610/1430

Herr Junkerkalefeld begrüßt die Eheleute Groppe, die als Investoren an der zukünftigen Entwicklung des ehemaligen Sprick-Geländes großes Interesse haben und freut sich darüber, dass Frau Groppe ihren Ehemann in diese Sitzung begleitet. Weiter begrüßt er auch Herrn Pisarsky von Pack + Pisarsky, der später die Planungen zu diesem Projekt erläutern wird.

Herr Junkerkalefeld bittet Herrn Groppe darum, sich den Ausschussmitgliedern näher vorzustellen.

Herr Groppe kommt dieser Bitte gerne nach und berichtet, dass er Unternehmer ist und seinen Wohnsitz in Melle hat. Zu seinem Unternehmen erklärt Herr Groppe, dass er es sich zur Aufgabe gemacht hat, alte Fabriken zu kaufen, umzubauen und wieder zum Leben zu erwecken. Er berichtet, dass er bereits auf ca. 20 ähnliche Projekte zurückblicken kann, bei denen ihm dies erfolgreich gelungen sei.

Herr Groppe berichtet, dass Herr Dr. Stange ihn angesprochen und ihn auf das Sprick-Gelände aufmerksam gemacht hat. Daraufhin hat er es sich angesehen, es hat ihm gefallen und er hat die Idee entwickelt, dort einen Gewerbepark entstehen zu lassen. So habe er dieses Projekt begonnen.

Frau Nordalm führt aus, dass der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung vom 1. Dezember 2008 beschlossen hat, das Verfahren zur Entwicklung des ehemaligen Sprick-Geländes auf ein beschleunigtes Verfahren gem. § 13a BauGB umzustellen. Das BauGB sieht diese Form der Verfahrensdurchführung im Innenbereich vor, um eine schnelle Reaktivierung von Brachflächen, wie im Fall des Sprick-Geländes, zu ermöglichen.

Mit dem Schreiben vom 25. Juli 2008 hat der Architekt A. Pisarsky im Namen des Bauherrn, der Firma H. Groppe den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 bei der Stadt Oelde gestellt und das Entwicklungsziel beschrieben. Auf der Fläche des ehemaligen Sprick-Geländes soll ein Einkaufszentrum sowie Büroräume in den bestehenden Hallen errichtet werden. Diese Nutzungen sollen das Angebot in Stromberg ergänzen. Durch die Entwicklung der Fläche sollen die städtebaulichen Missstände an diesem sensiblen Bereich beseitigt werden.

Da nach der neuen Gesetzeslage nur innerhalb eines Zentralen Versorgungsbereiches großflächiger Einzelhandel angesiedelt werden darf, ist der noch zu fassende Ratsbeschluss über die Zentralen Versorgungsbereiche der Stadt Oelde Voraussetzung für die Umsetzung des Vorhabens. Dieser wird für Januar 2009 anvisiert.

Neben der Schaffung von Baurecht stößt der Aspekt der inhaltlichen und gestalterischen Ausformung der Planungsziele auf großes Interesse.

Frau Nordalm erinnert an das erste Treffen bezüglich des Sprick-Geländes, das vor ca. 1 ½ Jahren stattgefunden hat, und freut sich, dass die Eheleute Groppe und Herr Pisarsky heute anwesend sind, um die Planungen vorzustellen.

Herr Pisarsky erklärt, dass er gemeinsam mit Herrn Groppe das Sprick-Gelände begutachtet hat. Sie hatten das Gelände zunächst für Lagerräume geplant. Dann seien sie von der Stadtverwaltung auf die Möglichkeiten des Einzelhandels hingewiesen worden, die sich dort bieten. Das habe Herrn Groppe inspiriert, etwas Schöneres als ein Lager aufzubauen und das Büro Stadt + Handel aus Dortmund hat geprüft, welcher Besatz verträglich ist.

Hierbei war es ihnen wichtig, zentrenrelevante und kleinere Pächter zu vermeiden. Ein Netto-Markt, ein KIK-Markt und ein Schlecker-Markt haben sich als Pächter gefunden. Der Schlecker-Markt habe mündlich zugesagt, keinen anderen Schlecker in Stromberg zu schließen, wenn sie sich bei dem Sprick-Gelände anschließen.

Herr Pisarsky erläutert anhand einer Präsentation, dass im vorderen Bereich des Gebäudes fünf Mieteinheiten seien, von denen drei oder vier bereits vermietet sind. Der hintere Bereich des Gebäudes sei dann als Lagerfläche nutzbar. Die Fassade wird zum Parkplatz und zur Hauptstraßenseite aufwendig saniert. Im rückwärtigen Bereich würde altes Ziegelmauerwerk bestehen bleiben. Es sei ein neues Dach sowie Begrünung geplant.

Frau Bushoven fragt, ob das Gebäude zweigeschossig sei?

Herr Pisarsky verneint dies. Dieser Eindruck entstehe durch den Blickwinkel auf das Bild in der Präsentation. Tatsächlich sei an der Höhe des Gebäudes nichts geändert worden.

Frau Krause fragt nach der Verpachtung der Geschäfte und informiert sich ob es Sinn macht, drei Schlecker-Märkte in Stromberg anzusiedeln.

Herr Pisarsky weist darauf hin, dass es für die Stromberger Bürger von Vorteil ist, an diesem Standort einen Schlecker-Markt vorzufinden und es ist für die zwei anderen Schlecker-Märkte nicht von Nachteil.

Herr Helmers bittet um Auskunft, wann mit der Fertigstellung zu rechnen sei.

Herr Groppe erklärt, dass der Netto-Markt am 28.05.2009 einziehen will.

Frau Heß fragt, ob dort auch ein Bäcker als Pächter vorgesehen ist.

Herr Pisarsky verweist darauf, dass im Netto-Markt ein Bäcker vorhanden sein wird.

Herr Junkerkalefeld bedankt sich bei Herrn Pisarsky für die ausführliche Darstellung und bei den Eheleuten Groppe für ihr Interesse.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

10. Verschiedenes

10.1. Mitteilungen der Verwaltung

Innenstadt Nord

Herr Hauke erläutert, dass im Mai 2008 deutlich wurde, dass die Maßnahme Innenstadt Nord bei der Vergabe von Fördermitteln nicht berücksichtigt werden wird. Im Juni 2008 erhielt die Stadt Oelde das Ausschreibungsergebnis und lag im Ergebnis um 29,15 Prozent über den kalkulierten Ausgaben. Diese starke Überschreitung der Kalkulation begründete eine Aufhebung der Ausschreibung durch Herrn Bürgermeister Predeick.

Im Juni/Juli 2008 startete das neue Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, woraufhin im September 2008 ein erneuter Förderantrag gestellt werden konnte.

Ganz besonders weist Herr Hauke darauf hin, dass die Stadt Oelde bei einem Ortstermin mit Vertretern des Ministeriums und der Bezirksregierung im November 2008 ein ausdrückliches Lob für die vorgestellten Planungen erhielt.

Eine Modifikation des gestellten Förderantrages auf Wunsch des Fördergebers wurde im Dezember 2008 vorgenommen. Diese beinhaltet die Entkopplung des Kreisverkehrs und des Radweges an der Bahnhofstraße. Nach dieser Änderung erhielt die Stadt Oelde die Mitteilung, dass der Förderantrag „Innenstadt Nord“ von der Bezirksregierung mit der Priorität A eingestuft wurde. Dies bedeutet eine mögliche Förderung im Jahr 2009 mit 400.000,00 Euro und zukünftig zusätzlich 294.000,00 Euro.

Um die Fördermittel in Anspruch nehmen zu können, muss auf die Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns im Mai/Oktober 2009 gewartet werden.

Eine erneute Ausschreibung der Maßnahme ist für Ende 2009 geplant und der Baubeginn für Anfang 2010 vorgesehen. In enger Abstimmung mit den Anliegern wird die Bauzeit ca. drei Jahre betragen.

Herr Fust fragt, warum der Kreisverkehr ausgekoppelt wurde.

Herr Hauke erklärt, dass dies vom Ministerium und der Bezirksregierung verlangt wurde. Er weist darauf hin, dass der Kreisverkehr vom Ausschuss für Planung und Verkehr einstimmig beschlossen wurde und es auch geplant ist, diesen zu bauen. Hier stehe die Verkehrssicherheit im Vordergrund.

Herr Sibbing möchte wissen, was geschieht, wenn die Ausschreibung wieder eine so gravierende Abweichung von den erwarteten Kalkulationen aufweist.

Herr Hauke erläutert, dass die Stadt nach einer Ausschreibung an die Auftragnehmer und Angebote gebunden ist. Eine Ausschreibung zum Ende des Jahres bietet eine erhöhte Chance, bessere Ergebnisse zu erzielen.

Eine Kanalsanierung ist nach wie vor zwingend notwendig.
Der Zustand der Kanäle wird regelmäßig überwacht.

Konjunkturpaket II

Herr Hauke berichtet, dass derzeit intensiv die Rahmenbedingungen für das Konjunkturpaket II diskutiert werden. Bekannt ist, dass bundesweit mehr als 17 Mrd. Euro an Infrastruktur-Mitteln im Rahmen eines kommunalen Investitionsprogrammes u.a. in Bildungseinrichtungen fließen könnten. In Nordrhein-Westfalen sollen in 2009 und 2010 jeweils bis zu einer Mrd. Euro zur Verfügung stehen.

Die Stadt Oelde bemüht sich derzeit intensiv darum, weitere Informationen zu dem Konjunkturpaket II zu erhalten. Unklar ist derzeit (Stand: 14.01.2009) noch, wie die Mittel des Konjunkturprogramms II regional in Deutschland und Nordrhein-Westfalen verteilt werden, welche Projekte unter welchen Voraussetzungen förderfähig sind und wie die Förderbedingungen im Detail ausgestaltet werden.

Vorstellbar ist, Projekte mit einem Gesamtvolumen von bis zu 7,5 Mio. Euro aufzunehmen
Dazu gehören u.a.:

- Schaffung einer Leistungsfähigen Verkehrsanbindung für das AUREA Gebiet, Querspange, gemeinsam mit den Partnern (Kreis GT, Kreis WAF, Rheda-Wiedenbrück, Herzebrock-Clarholz)
- Sanierung der Fassade des Hallenbades zur Steigerung der Energieeffizienz, und weitere Maßnahmen, u.a. Heizungserneuerung, am Hallenbad
- Fortsetzung des Ausbaus von Ganztageseinrichtungen an Schulen
- Fortsetzung der energetischen Sanierung der Schulgebäude (u.a. Roncallischule)
- Maßnahmen zum Vorbeugenden Hochwasserschutz
- Städtebauliche Maßnahmen

Weiter erläutert Herr Hauke, dass die Stadt Oelde sich bemühen wird, die sich bietenden Fördermöglichkeiten vollumfänglich auszuschöpfen und möglichst viele Maßnahmen über das Konjunkturprogramm II gefördert zu bekommen. Die Details der möglichen Förderung bleiben jedoch abzuwarten.

Selbstverständlich bleiben die Beteiligungsrechte des Rates, u.a. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 ff., gewahrt.

Herr Hauke erklärt, dass über dieses Thema in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 11.03.2009 erneut berichtet wird.

Verkehrsentwicklungsplan Warendorfer Straße / Mühlenweg

Herr Hauke informiert darüber, dass eine 2. Änderungsvereinbarung zum Durchführungsvertrag vom 08.06.2008 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 96 „Warendorfer Straße / Mühlenweg“ notwendig wurde.

Das Vorhaben umschließt die Erstellung von drei 6-Familienhäusern mit 30 Stellplätzen/Carports sowie die Planung und Herstellung von Straßen- und Wegeflächen, Grünanlagen, Straßenbeleuchtung und Entwässerungsanlagen im Vertragsgebiet (private Erschließungsanlagen, keine spätere Übernahme durch die Stadt Oelde). Die Erschließung erfolgt über die Warendorfer Straße und den Nordring. Teilflächen des Plangebietes sind fremdvermietet (längstenfalls bis zum 14.10.2011), daher erfolgt die Bebauung in zwei Abschnitten (erst Haus c, dann Häuser a und b). Die Erschließungsanlage betreffend Haus c war bis spätestens zum 31.12.2007 fertig zu stellen.

Herr Hauke berichtet, dass der Vorhabenträger B&S Immobilienhandel wegen der schwierigen Marktlage im Immobilienbereich und insbesondere dem rückgängigen Bedarf an Eigentumswohnungen die Verlängerung der im Durchführungsvertrag festgelegten Fristen um weitere zwei Jahre beantragt hat. Mit der 1. Änderungsvereinbarung vom 24.10.2007 wurden die Fristen zwar bereits um zwei Jahre verlängert; dennoch erscheint eine erneute Verlängerung aufgrund der nachvollziehbaren Gründe des Vorhabenträgers unumgänglich.

Daher wurden folgende neue Fristen in der 2. Änderungsvereinbarung zum Durchführungsvertrag vom 08.06.2006 vereinbart:

- Die Erschließungsanlage betreffend Haus c (anzufahren über den Nordring) ist bis spätestens zum 31.12.2011 fertig zu stellen.
- Betreffend die Häuser a und b (anzufahren über die Warendorfer Straße) sind spätestens binnen 20 weiterer Monate seit Wiederinbesitznahme der Mietflächen die Erschließungsanlage fertig zu stellen.

Die 2. Änderungsvereinbarung wurde am 18.12.2008 geschlossen.

10.2. Anfragen an die Verwaltung

Westring

Herr Niebusch weist darauf hin, dass der Lkw-Verkehr auf dem Westring stark zugenommen hat und bittet darum, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Herr Tigges erklärt, dass sich die Stadt Oelde in Zusammenarbeit mit der Polizei dieses Themas annehmen wird.

Robert-Schuman-Ring

Herr Gresshoff erläutert, dass es zwei- bis dreimal in der Woche nicht möglich ist, den Nordring mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen zu befahren. Auf Höhe der Fußgängerampel verjüngt sich die Straße zusätzlich. Er fragt, ob ein Parkverbot in diesem Bereich hilfreich sein und ausgeschildert werden kann.

Herr Tigges erklärt, dass es sich bei der angegebenen Stelle um den Robert-Schuman-Ring handelt. Es sei bekannt, dass diese Straße verkehrlich stark eingeschränkt sei und zudem die Lkw sehr groß seien. Er schlägt einen Kompromiss vor: Die Stadt Oelde wird sich die Situation genau ansehen und - wenn es für erforderlich gehalten wird - ein Parkverbot ausweisen.

Herr Junkerkalefeld bitte darum, das Verkehrszeichen „Absolutes Halteverbot“ aufzustellen.

Konjunkturpaket II

Herr Kwiotek fragt, inwiefern die Stadt Oelde von dem Konjunkturpaket II, beispielsweise im Bereich Hochwasserschutz, profitieren könne.

Herr Hauke bittet darum, sich bis zur Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 11.03.2009 zu gedulden. Dort werden detaillierte Informationen zum Thema Konjunkturpaket II und zum Thema Hochwasserschutz gegeben. Er gibt jedoch vorab den Hinweis auf erfolgreiche Gespräche mit der Bezirksregierung und dem Kreis Warendorf und die Förderzusage im Bereich des Hochwasserschutzes in Höhe von 70 %, wobei sich der Eigenanteil der Stadt Oelde von rd. 300.000,00 Euro jährlich errechnet.

Schilder an der neuen Autobahnauffahrt

Herr Fust fragt, ob die Hinweisschilder zur neuen Autobahnauffahrt bereits montiert seien.

Herr Tigges weist darauf hin, dass die Beschilderung in den Verantwortungsbereich des Straßenbaulastträgers, hier Kreis Warendorf, fällt. Er wird beim Kreis Warendorf diesbezüglich nachfragen.

Landstraße Oelde - Stromberg

Herr Junkerkalefeld schildert, dass der Zustand der Landstraße von Oelde nach Stromberg in sehr schlechtem Zustand sei und fragt, wann mit einer entsprechenden Verbesserungsmaßnahme gerechnet werden kann.

Herr Hauke erwidert, dass der Straßenbaulastträger diese Maßnahme für 2010 anvisiert hat.

Herr Junkerkalefeld weist darauf hin, dass eine Verkehrssicherheit hier nicht mehr gegeben ist.

Nikolaus-Ehlen-Straße

Herr Meyering berichtet, dass die Nikolaus-Ehlen-Straße im vergangenen Jahr saniert wurde und sich jetzt in einem schlechteren Zustand befindet als vorher.

Er bittet die Verwaltung zu prüfen, wer dort die Abnahme durchgeführt hat. Deutlich seien Spuren im Asphalt sichtbar, die nur in unfertigem Zustand hineingefahren worden sein können.

Herr Meyering rät, die ausführende Firma für diese Straße in Regress zu nehmen.

Heinz Junkerkalefeld
Vorsitzender

N. Peuler
Schriftführerin